

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 15/3186 –**

### **Selbstverpflichtungserklärung der Deutschen Post AG zur Erbringung bestimmter Postdienstleistungen**

#### **A. Problem**

Die Deutsche Post AG (DP AG) hat als Reaktion auf Diskussionen über eine mögliche Anpassung der postrechtlichen Universaldienstvorgaben eine Selbstverpflichtungserklärung zur Erbringung bestimmter Postdienstleistungen abgegeben. Die Selbstverpflichtungserklärung begründet eine einseitige Erklärung, freiwillig über den bestehenden Rahmen des rechtlich verpflichtend zu erbringenden Universaldienstes hinaus bestimmte Postdienstleistungen anzubieten. Der Inhalt der Erklärung berücksichtigt die wesentlichen Punkte, die aufgrund von Empfehlungen der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post und auch im politischen Raum aufgeworfen wurden.

#### **B. Lösung**

**Einvernehmliche Annahme einer Entschließung**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung – Drucksache 15/3186 –

nachstehende EntschlieÙung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag begrüÙt die Selbstverpflichtung der Deutschen Post AG zum Universaldienst. Er sieht sie als verbraucherpolitisch erwünschte substantielle Verbesserung der gegenwärtigen Praxis und in Teilen als präzisierende Umsetzung der geltenden Rechtslage.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Einhaltung dieser Selbstverpflichtung zu überprüfen und dem Bundestag und dem Bundesrat regelmäßig zu berichten.

Der Deutsche Bundestag behält sich vor, bei Nichteinhaltung von Ziel und Inhalt der Selbstverpflichtung der Deutschen Post AG gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen, die die entsprechenden Verpflichtungen detailliert regeln und wirksame Sanktionsmöglichkeiten vorsehen.

Berlin, den 16. Juni 2004

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**

**Dr. Rainer Wend**  
Vorsitzender

**Johannes Singhammer**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Johannes Singhammer

### I.

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/3186 in seiner 111. Sitzung am 27. Mai 2004 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Unterrichtung in seiner Sitzung am 16. Juni 2004 beraten und die Annahme der auch im federführenden Ausschuss beschlossenen Entschließung empfohlen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit hat die Unterrichtung in seiner 61. Sitzung am 16. Juni 2004 beraten und einvernehmlich die Annahme der in der Beschlussempfehlung abgedruckten Entschließung beschlossen.

### II.

Die Deutsche Post AG (DP AG) hat als Reaktion auf Diskussionen über eine mögliche Anpassung der postrechtlichen Universaldienstvorgaben eine Selbstverpflichtungserklärung zur Erbringung bestimmter Postdienstleistungen abgegeben. Die Selbstverpflichtungserklärung begründet eine einseitige Erklärung, freiwillig über den bestehenden Rahmen des rechtlich verpflichtend zu erbringenden Universaldienstes hinaus bestimmte Postdienstleistungen anzubieten. Der Inhalt der Erklärung berücksichtigt die wesentlichen Punkte, die aufgrund von Empfehlungen der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post und auch im politischen Raum aufgeworfen wurden.

### III.

Im Zuge der Beratungen haben sich die Mitglieder aller Fraktionen im **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** nachdrücklich für den Inhalt der angenommenen Entschließung ausgesprochen.

Berlin, den 16. Juni 2004

**Johannes Singhammer**  
Berichterstatter

